

ihre  
Co.  
Abonnements-Preis  
pro Quartal  
3 Mark 80 Pfennige,  
durch die Post bezogen  
4 Mark 50 Pfennige.

# Halle

Verlag der „Allgemeinlichst Halle'schen Zeitung“ im vorm. G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallscher Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Ostler in Halle.  
Halle, Freitag den 1. September 1882.

## Zur innern Lage.

Der Wechsel im Verlage dieses Blattes fällt in eine politisch ziemlich erregte Zeit. Die bevorstehenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus haben ihre Schatten bereits vorausgeworfen, sie stellen einen Wahlkampf in Aussicht, der, mit allen Mitteln der modernen Wahltechnik und mit voller Reichenpflichtigkeit geführt, unter gleichsam öffentlichem Leben wieder zu beeinflussen droht. Trotz der Jugend unseres Verfassungsstaats sind der Wiedereinrichtung der Gewohnheiten der meisten constitutionell registrierten Väter völlig geläufig geworden: in zahlreiche politische Gruppen gespalten, die nur die jeweilig ausgegebene Fraktionsparole als das bestimmende Geleitz ihrer Taktik anerkennen und jedes Mittel für ihre Zwecke als erlaubt betrachten, reißt sie sich in entlopfen, oft gefährlichstem Parteihader auf, unbefremdet darum, daß sie dadurch die großen Gesichtspunkte, von denen aus allein die Verhältnisse eines Großstaates erfüllt sein wollen und in einer für die Gesamtheit fruchtbringenden Weise gestaltet werden können, aus dem Auge verliert.

Durch kleinlichen Parteihader gestörte innere Harmonie, das ist es, was, einer erregten Krankheit gleich, die Pulse unseres Staatslebens säumt und Gefahren in sich birgt, die schließlich mit bemerkbarer Gewalt auf jenes hereinbrechen müssen, gelang es nicht, sie noch rechtzeitig abzuwenden. Noch liberaler in der Geschichte sind die Nationen einem unheilbaren Schicksal verfallen, in denen nicht die selbstlose Hingabe für die Größe und das Ansehen des Staates, sondern nur die Befriedigung des Eigennutzes im eigentlichen Reizungen, der Vorherrschaft des Einzelnen über einer Partei, das, wenn auch noch so gesellschaftlich verheerliche, Motiv alles Thuns und Lassens, Entstellung, Uebertreibung, Verächtlichmachung und noch Schlimmeres die Mittel für den besthabigsten Zweck bilden. Auf diesem Niveau bewegen sich unsere inneren Streitigkeiten, und so scheint sich in ein unabhingiges, nur der öffentlichen Wohlthat dienendes Blatt von selbst der Punkt zu bieten, wo es seinen Dorn ablegt, um zu seinem Ziele zu einem Wandel der Dinge zum Besseren beizutragen.

Hier soll er denn auch von uns angelegt werden, mit aller Freimüthigkeit und Offenheit, wie sie einer guten Sache würdig ist. Wir haben nichts zu verschleiern, nichts zu entstellen, nichts zu übertreiben oder zu verächtlichen; die nackte Wahrheit, wie sie sich bietet, das ist das Fundament, auf dem wir uns bewegen, der Appell an den gefunden Menschenverstand das einzige Mittel, mit dem wir zu überzeugen suchen. Will diesem Willigen angesetzt nehmen wir den Kampf gegen die Entartungen in unserer inneren Zustände an, entschlossen, ihn bis zu einem freizehenden Ende durchzuführen.

Von unserem Berliner X-Correspondenten, der mit den Intentionen der leitenden Kreise vertraut ist, erhalten wir folgende Mittheilungen: In etwa 6-7 Wochen finden die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Zü näher der Termin heranküht, um so lauter fordern die Blätter der Opposition, daß die Regierung schleunigst mit ihrem Wahlprogramm hervortrete. Ich meine, die Regierung könnte nichts Uebertriebenes thun, als wenn sie dieses Verlangen erfüllen wollte. Die Regierung hat bisher mit Recht die Dinge gehen lassen, wie sie wollten, und wir vermuthlich auch in Zukunft sich nicht anders verhalten, da es aus Erfahrung weiß, daß sie mit Pr.grammen nur den Ohren wehnen und in die Hand giebt. Ihr allgemeines Programm teilt die ganze Welt: woher käme denn sonst die Opposition? Gibt man es etwa für möglich, daß die Proclamation eines Programms in seinen Einzelheiten die Lage der Dinge irgendwie ändern könnte? Die Forderung nach einem detaillierten Programm kann nur den Zweck haben, neue Angriffspunkte zu gewinnen. Freilich wäre den Wählern der Fortschrittspartei jetzt mit einem Regierungsprogramm sehr genant, da ihre Wahlpolitik schon den Charakter der Vangelegenheit angenommen hat und bringend der Auffassung bedarf. Warum aber gerade die Regierung hierzu beitragen soll, ist nicht recht einzusehen. Wenigstens würde sie nach unserer Meinung am besten thun, wenn sie der Wahlpolitik keinen neuen Stoff zuführen würde.

Um was es sich bei den Wahlen handelt, weiß ja doch alle Welt: Steuerreform in der Richtung einer Verminderung der direkten Steuern, Abheiligung des Schulgesetzes, Erväherung größerer Summen an die Gemeinden zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben. Für die Wahlen kommt es nicht darauf an, ob die Regierung vorher kundgiebt, ob sechs oder sieben Klassen der Klassensteuer bereit oder ermächtig werden sollen. Das sind Fragen der Technik, die im Parlament verhandelt werden können. Sicherlich aber würde man aus jeder irgendwede garanten positiven Mittheilung über die hierbei verfolgten, vielleicht noch gar nicht zum Abschluss gekommenen Pläne sofort sich eine Waffe des Angriffs schmieden.

Amant ist die Methode gewisser „wohlfühlender“ Organe, durch Verbreitung von Vermuthungen und Combinationen auf den Wunsch zu klopfen und so schließlich das Wahre und Thatächliche herauszubringen. So heißt es heute, im geistigen Staatsministerium sei die Frage des Wahltermins benannt worden. Das ist aber nur eine Combination. In Wahrheit ist von der Frage gar nicht die Rede gewesen. Ebenso wird von den besthabigsten Verlage eines Communalverfassungsgesetzes gesprochen und es werden sogar positive Angaben über seinen Inhalt verbreitet. Wie ich aber höre, befindet sich die ganze Angelegenheit noch in ihrem allerersten Stadium, so daß in Wahrheit noch gar nicht von der Aufstellung eines Entwurfs die Rede sein kann und Mittheilungen über seinen Inhalt unmöglich sind.

Von vorzüglich unterrichteter Seite geht uns über die Stellung der Regierung dem römischen Stuhl gegenüber aus Berlin folgendes Schreiben zu: Es befindet sich, daß Herr von Schöler bei seiner Rückkehr nach Rom genöthigt wurde, die Aufträge zu erledigen haben wird. Die Deputation der Germania über die Gültigkeit gemischter Ehen, wobei sie auch der Katho-

lischen Kirche das Recht annahmte, über die Gültigkeit protestantischer Ehen überhaupt zu entscheiden, hat hier in allen protestantischen wie maßgebenden Kreisen das böseste Blut gemacht. Der heutige Artikel der N. A. Z. giebt je davon auch Kunde. Man wird es jedenfalls als eine Annahme ohne Gleichen ansehen müssen, wenn die römische Kirche einfach durch Einführung des Tridentinums in irgend eine Provinz bestimmt, daß nunmehr die alsbald geschlossenen protestantischen Ehen nicht mehr als gültig angesehen werden können, weil sie selbstverständlich der Form des Tridentinums nicht entsprechen. Herr von Schöler wird in Rom nicht von der Erklärung zurückhalten, daß der Staat auf jegliche weiteren friedlichen Bestrebungen verzichten muß, wenn die katholische Kirche ihren Anspruch, Richter über protestantisch geschlossene Ehen zu sein, aufrecht erhält. Ueberhaupt dürfte Herr von Schöler in Rom wissen lassen, daß der Staat sich nicht länger durch Verhandlungen und Ausflüchtigkeiten lassen will, ohne auch nur die Spur eines Entgegenkommens erfahren zu haben. In Rom hat man nicht nur den früheren schroffen Standpunkt nicht aufgegeben, sondern sogar — verleiht durch die friedliche Nachgiebigkeit des Staates — sich immer schroffer gezeigt. Der Staat hat seine Friedfertigkeit gemahnt, bewiesen, ihm nicht. Die letzte Verhältniß ruhig fortsetzen zu lassen, ist die Regierung nicht gewillt.

Der von uns mehrfach erwähnte offizielle Artikel der Nord. Allg. Ztg. über die von ultramontaner Seite angelegte Frage der Wifchehen lautet in seinen bestimmenden Stellen folgende:

„Es ist Thatfache, daß durch die protestantische Bevölkerung eine tiefe Enttäufung über eine Anordnung bezüglich der Wifchehen geht. Von dem welche erfolgen ist, aus welcher Zeit sie datirt, ist keine ohne Bedeutung. Das religiöse Gefühl der protestantischen Protestanten ist tief verletzt dadurch, daß man es wagt, eine nach unserem bürgerlichen Recht gültig eingegangene, von einem protestantischen geistlichen eingetragene Ehe für ungültig zu erklären, die aus ihrer Ehe hervorgegangene Kinder als unehelich zu brandmarken und ihnen das Erbvermögen zu verweigern. Dieser Thatfache gegenüber erdreißt sich die „Germania“ einfach zu erklären: Das Tridentinum ist in dem Delegaturgebiet eingeführt, und damit hat die katholische Kirche es für Recht erklärt, daß eine Ehe nur gültig ist, wenn sie nach dem Tridentinum geschlossen worden kann. Roma locuta, causa finita. Wir glauben nicht, daß Rom gesprochen hat. Hätte die „Germania“ aber auch Recht, wie darf sie es wagen, der beleidigten protestantischen Bevölkerung Preußens mit der Behauptung entgegenzutreten, Rom hat es so gewollt, und damit hat die Sache ihr Ende? Undere Protestanten werden die Unterwerfung zwischen der Diöcese Breslau und dem Delegaturgebiet überhaupt vertheilen; die Wifchehen ferner nur die Diöcese Breslau, von einem Delegaturgebiet (Königreich Brandenburg etc.) wissen sie nichts. Macht man nun aber noch, wie die „Germania“ es thut, geltend, daß ein älteres Recht in der Diöcese, ein anderes in dem Delegaturgebiet besteht, so wird man das protestantischerseits für eine widerliche Fivolität erklären. Die „Germania“ möge alle Spitzfindigkeiten aufheben, die ihr zu Gebote stehen; sie wird den Protestanten in dem Sinne die Hand zu reichen haben, nach langem, hartem Kampf Recht wahrhaft und eigentlich eines der fehen von Christus eingetragene Sakramente ist, an der Erde anders geregelt werden muß, als an der Erde.“

Man kann einer protestantischen Bevölkerung nichts Fremdes in's Gesicht schleudern als die Erklärung, das Tridentinum ist bei Euch eingeführt und damit ist die Sache abgethan. Die römische Kirche hat sich von jeher ein Recht auf alle Kreuze angeeignet. In folgenderer Hinsichtung dieses Anpruchs hat sie stets behauptet, daß die Rechte der Kirche über die Bestimmung des Tridentinums über die Form der Eheheligung unterworfen sind. Ehen, welche Protestanten unter sich oder mit Katholiken nicht in dieser Form abgeschlossen haben, werden also von den Römern, sobald sie das Tridentinum in der betreffenden Provinz annehmen, als nicht gültig erklärt. Zu dem langwierigen und ewigwährenden Streit zwischen der römischen Kirche und dem protestantischen Reich, das die evangelische Kirche große Bekämpfung gewonnen hatte, hat der päpstliche Stuhl allerdings nachgelassen, daß Mifchehen und rein evangelische Ehen auch ohne die Beobachtung der tridentinischen Form geschlossen werden können. Jedoch hat sich die römische Kirche in neuerer Anordnung jenseits des päpstlichen Stuhls, und die Befreiung von der tridentinischen Form geschieht immer nur ausnahmsweise.

Also, wenn die katholische Kirche das Tridentinum in Brandenburg und Pommern eingeführt hat, so hat sie damit erklärt, daß daselbst alle evangelischen Ehen und alle gemischten, bei denen nicht ein katholischer Geistlicher mitgewirkt hat, null und nichtig, daß die Kinder, die aus diesen Ehen hervorgehen, Bastarde sind und vom Kaiser zu erblichem Reichthum nicht anwärtig sind. Die Regierung darauf, daß das Tridentinum bei uns eingeführt worden sei, ist das denkbar Frechste, was die „Germania“ erwidern konnte. Sie bietet uns damit den Trost, daß nicht nur die fraglichen Mifchehen, sondern alle protestantischen Ehen nichtig sind.

Beleidend liegt der Vorwurf der Frechheit bei den Reicheren „Germania“ nicht schwer. Es trifft sie aber noch ein anderer Vorwurf, denn sie nicht so leicht hinzunehmen werden. Sie haben eine irreparable Schmach begeben. Die „Germania“ findet, wie sie selbst am besten weiß, ihren Lebensunterhalt dadurch, daß sie die protestantische Bevölkerung mit einem Vorwurf behaftet. In dem vorliegenden Falle hat sie in einer diesem Ziel geradezu entgegengesetzten Richtung gewirkt: denn die Art und Weise, wie sie die Protestanten gegenüber auftritt, muß nicht etwa nur auf die letzteren, sondern auf die Protestanten einen tief beleidigenden Eindruck machen, der einen jeden religiösen Glauben, welcher unter den Katholiken Preußens wird man die frivole Frechheit der „Germania“ fühlen und zu würdigen wissen. Die „Germania“ möge sich keine Mühe geben, mit der fadenhängigen Spitzfindigkeit zu operiren. Die Einführung des Tridentinums hat nur die kirchliche Ungültigkeit der evangelischen Ehen zur Folge. Eine verlorene Verheißung des Streitpunktes macht auf Niemanden mehr Eindruck. Es handelt sich darum, daß die protestantische Bevölkerung Preußens in ihren religiösen Gefühlen tief verletzt ist durch die Mifchung, die man jenseits der katholischen Kreise, welche die „Germania“ vertritt, in hohnvoller Weise für den Protestantismus zur Schau trägt. Die Protestanten Preußens werden sich nicht durch die Frechheit der „Germania“ auf einem Fuß breit preussischer Erde ein kanonischer Satz in Kraft gesetzt, durch welchen eine gültig eingegangene protestantische Ehe für nichtig, die aus derselben hervorgegangenen Kinder für Bastarde erklärt werden.

Diese Sprache hat das Organ der Regierung seit den Tagen des erbitterten Kulturkampfes nicht mehr geführt. Man darf gespannt darauf sein, welche Folgen der Artikel haben wird.

Ein berechtigtes Aufsehen haben die Ausführungen des Reichsfreiherrn von Fehrenbach-Aubenbach hervorgerufen, die er

in einer kürzlich erschienenen Broschüre als einen Beitrag zur „Lohn- und Arbeiterfrage“ niedergelegt hat. Er bekennt sich darin zur Auffassung des bekannten Sozialisten Marx, wonach die heutige Volkswirtschaft durchaus keine Vergütung der Arbeitsleistung darstellt, sondern nur den Preis, für welchen die menschliche Arbeitskraft gekauft wurde.

„Der Arbeiter erhalte, so fährt er aus, für das Produkt seiner Arbeit eine Vergütung, er werde nur bezahlt, um arbeiten zu können, nicht aber für das, was er erarbeitet, der Fabrikant der Unternehmer dagegen erhalte den ganzen Werth der Arbeitsleistung. Der bisherige Nettogewinn des Fabrikanten oder Unternehmers werde zum guten Theile gebildet durch die Verwertung, d. h. durch die Monopolisirung ausgeübter, aber nicht entlohnter Arbeit. Die Annahme der Kapitalisten in Händen Weniger müsse dahin führen, daß die Summe des kapitalistischen Privatguthums geschwände, und die Expropriation von den expropriirten Massen wieder expropriirt würden. Die freien Künfte“ des Mittel- und Großkapitalisten länden aber dem Geleze, d. h. sie würden für die Geleze unerschreibbar, schließlich aber würde es dahin kommen, daß alle diese „Kumulationen“ keine gesellschaftliche Vergütung mehr bejahen. Die Vorgänge des gegenwärtigen sozialen und routinirten modernen Kapitalismus beruhen nicht gerade selten in der Praxis des Betrugs.“

Der Autor ist im Zweifel, ob Fürst Bismarck die ganze Größe der — nach seiner Meinung — zu lösenden Aufgabe erkannt habe. Was bis jetzt von der Regierung vorge schlagen, auch die Unfallsgeleze, wäre nur ein Flickwerk und auch ein Alterverforgungsgeleze hätte keinen anderen Charakter. Helfen konnte nur die „gerechtere Vertheilung des aus dem Zusammenfließen von Kapital und Arbeit entstehenden Reingewinnes in allen Zweigen der Großindustrie“. Wie das zu machen sei, weiß er zwar selbst nicht genau, nichtschonfolger wird ein Rezept angegeben. Der Nettogewinn der Fabrikunternehmen solle zunächst unter Zugabe von Fabrikintellektoren ertheilt und das „Wehe“ der Arbeit, welches der Unternehmer bisher für sich allein behalten, solle unter die Arbeiter vertheilt werden, die dann außerdem werden die „Lohnflotten“ zu sein und am Gewinn theilhaben. Sollte ein Unternehmen zufällig gewisse einen Gewinn nicht abwerfen, so habe der Staat (!) mit den erforderlichen Unterstühtungen einzutreten. Dies Alles wird empfohlen im Interesse der „Monarchie und des Königthums“ und die Broschüre schließt mit einem Appell an die Staatsmänner und Nationalökonomien unseres Jahrhunderts und mit den Worten: „Hier, meine Herren! verordnen Sie Ihre Thron.“

Es braucht nicht erst darauf hingewiesen zu werden, daß derartige unklare und revolutionäre Theorien, gleichviel ob sie mit einigen konfessionellen Phrasen verbrämt sind oder nicht, im höchsten Grade bedauerlich und geeignet sind, unruhige Köpfe noch mehr als bisher zu verwirren.

Für die Gestaltung der Parteiverhältnisse in Betreff der bevorstehenden Kandidatwahlen scheinen die Vorgänge in Schlesien, Posen einzugemessen entscheidend werden zu sollen. Nicht genug, daß die Berliner Centralleitung verlorren Herrn Hänel, welcher die Bismarcker Kandidatur nicht als adäquat hat, sondern auch im Abwärtsse Tendenz, für den nach dem Händlichen Compromiß der Nationalliberalen Brande candidiren soll, kann man diesem bereits einen fortgeschrittenen Candidaten entgegengesetzt in der Person eines Herrn Paulsen.

Wie bekannt, sind die Parteinterfische in Südbreitsland lange nicht in dem Maße gekehrt, als bei uns in Preußen. Ein ganz merkwürdiger Vorgang der letzten Tage scheint dieses von dem besthabigsten zu wollen. Die in Südbreitsland konsolidirten Liberalen waren in früheren Wahlperioden meist Nationalkonservative und nicht vom rechten Flügel. Gestern war daher der Nach der Fortschrittspartei und der Sozialisten, als sie bei den letzten Reichstagswahlen einige Erfolge zu verzeichnen hatten. Zu diesen Erfolgen wurde auch die Wahl des Doktors von Warmuth in Schweinfurt-Hauptort, am Stelle des früheren freiconservativen Vertreters, des Grafen Kurzbay, gewählt, da Herr Warmuth sich den Sozialisten als Kandidat angeschlossen. Damit scheinen aber seine Wähler durch nicht einverstanden gewesen zu sein, denn er erhielt von den Einflußreichen derselben ein Schreiben, in dem es u. A. heißt:

„Wir sind der Ansicht, daß der Reichstheil, wie er von der Partei, der Sie als Kandidat angehören, gepredigt wird, nicht zum Heile des Reichs beitragen kann, daß die Industrie, Landwirtschaft und das Handwerk der Sozialisten noch nicht entziehen können, daß das Reich, um seine große ihm zulehrende Aufgabe nach innen und außen zu lösen, die Zelle begehrt, die es unabhängig macht von der Parteigelehrte einzelner Fraktionen! Diese unsere Prinzipien stehen nicht im Einklange mit dem jener Partei. Diese sind bisher hospittent! Es ist jedoch weit von uns entfernt, Sie auf ein imperatives Mandat zu verpflichten! ... Wer die Sie — bekräftigt durch ihre Wähler — die Politik des deutschen Reichstagslers im Innern zu unterstützen sich entschließen, wird die Wirkung dieser Angriffe sich gewiß unbehindert und u. niger beengt im Kreis gleichgültiger Freunde fühlen, als in dem Hirtel von Männern, die sich trammere Opposition gegen Alles, was der Reichsanzer erstrebt, als Beweise auf ihre eigene geschrieben zu haben scheinen.“

Der Erfolg dieses Schreibens war, daß Herr Warmuth sein Bedauern über den Sozialisten sofort gelöst hat, und wie die „Südb. Presse“ mittheilt, sich den Nationalliberalen angeschlossen wird.

## Kundschau im Ausland.

In Frankreich wird von den gambettistischen, ja noch mehr begehrt, selbst von dem Kammerpräsidenten Brisson nachstehenden Organen das Feuer des Deutschnasses fortgesetzt geküht. Daß die ersten Wähler aus dem Epäwinismus gern einen Realmarxisten machen, ist eine alte Geschichte; bedenklicher ist die Haltung der letzteren. Bisson gilt bei der nächsten Präsidentschaft als der einzige Concurrent Gambetta's; wenn Greay, der lebend ist und seit der letzten Ministerkrise sehr entwichig sein soll, an einem schönen Morgen dem Ulysees Lebensweg folgt und Brisson Staatsoberhaupt in Frankreich wird, so weiß man nun, was die Glocke geschlagen hat: Brisson ist der Krieg, wie es Gambetta ist.





